

Chinas Verstösse gegen universelle Werte:

Lektionen für die Zukunft

- Empfehlungen an den Schweizer Bundesrat zu seiner
China-Strategie 2021-24

Inhaltsverzeichnis

I.	Einführung	3
II.	Kurzbericht zur Menschenrechtssituation in Tibet	4
III.	Menschenrechte in China und die Schweizer Politik	11
IV.	Einbindung Chinas in multilaterale Plattformen und die Ergebnisse	16
V.	Chinas “Belt and Road”-Initiative: Eine Front zur Aufrechterhaltung der expansionistischen Ideologie?	22
VI.	«Ein-China»-Politik: Chinas Strategie zur Eindämmung der globalen Kritik	29
VII.	Schlussfolgerung und Empfehlungen	33

Eingereicht am 14. August 2020 durch:

Norbu Tsamda	Phuntsok Chokchampa	Thomas Büchli
Präsident	Vizepräsident	Präsident
Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Liechtenstein	Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Liechtenstein	Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft

Die Schweiz und die "Ein-China"-Politik:

Die Schweiz gehörte zu den ersten Ländern der Welt, die am 17. Januar 1950 die "Ein-China"-Politik einführten. Die Beziehungen der Schweiz zu China gehen auf das Jahr 1918 zurück, als die Schweiz am 13. Juni 1918 den Freundschaftsvertrag mit der Republik China unterzeichnete. Danach wurde am 12. April 1927 ein weiteres Abkommen über den Handel mit Betäubungsmitteln zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China unterzeichnet.

Seither gab es zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China rund 55 bilaterale Abkommen und Austauschprogramme, zuletzt das am 29. April 2019 unterzeichnete Memorandum of Understanding über die Entwicklung der Zusammenarbeit in Drittmärkten. Auch die Schweiz sieht sich einem enormen Druck aus China ausgesetzt. Die tibetischen Asylsuchenden, denen ursprünglich Dokumente ausgestellt wurden, in denen ihre Herkunft als "tibetisch" vermerkt war, werden nun als "chinesisch" kategorisiert. Zudem gibt es in der Schweiz rund 300 tibetische Asylsuchende, deren Asylgesuche abgelehnt wurden und die nun aufgefordert werden, in ihr Land zurückzukehren. Da diese Tibeterinnen und Tibeter in Ungewissheit und ohne Schutz schmachten, befürchten sie, dass der Schritt der Schweizer Regierung, abgelehnte tibetische Asylsuchende zur Rückkehr in ihr Heimatland zu zwingen, unter dem Druck und dem Diktat der chinesischen Regierung erfolgen könnte.

Angesichts dessen ist es an der Zeit, dass die Schweiz ihre "Ein-China"-Politik überdenkt, die nichts anderes ist als ein absurder Versuch Chinas, die globale Kritik zu unterdrücken. Auch wenn die Schweiz der "Ein-China"-Politik zugestimmt hat, kann und sollte sie die Verfolgung und Massenverhaftung von Tibetern nicht akzeptieren. Die Schweiz hat sich immer für Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte eingesetzt, und deshalb sollte die Schweiz ein solches Regime nicht durch Assoziierung unterstützen, und sie ist verpflichtet, ihre "Partner" zu den Menschenrechtsverletzungen zu befragen.

VII. Schlussfolgerung und Empfehlungen

China nimmt in den internationalen Foren eine aggressive Haltung ein, die oft die universellen Werte bedroht, erzwingt, manipuliert und untergräbt. In diesem Bericht werden verschiedene Beispiele für ein solches Verhalten aufgezeigt.

Deshalb ist es für die Schweiz wichtig, nicht nur ihre Souveränität zu schützen, sondern auch ihr weltweites Wohlbefinden als ein Land zu bewahren, das an die universellen Grundwerte Frieden, Freiheit, sozialen Fortschritt, Gleichheit und Menschenwürde glaubt.

Im Folgenden werden einige Empfehlungen zur China-Strategie 2021-24 des Schweizer Bundesrates sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene aufgeführt:

1. Die Schweiz sollte sich weiterhin für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Tibet, Hongkong, Ostturkestan und anderen Regionen unter China einsetzen. In diesem Zusammenhang sollte die Schweiz China drängen, Besuche von UNO-Experten, des UNO-Hochkommissars und von Schweizer Menschenrechtsbeauftragten in diesen Gebieten zuzulassen.
2. Die Schweiz sollte die düstere Menschenrechtsbilanz Chinas und die anhaltende Unterdrückung von Tibetern, Hongkongern, Uiguren, chinesischen Menschenrechtsverteidigern und dergleichen in multilateralen Foren und internationalen Institutionen wie der UNO zur Sprache bringen. Sich nicht zu Wort zu melden, würde China nur ermutigen und die Notlage der Unterdrückten verewigen.
3. Die Schweiz sollte aufhören, sich den Diktaten Pekings zu beugen, insbesondere in Bezug auf ihre innerstaatliche Asylbewerberfrage. Die Schweiz sollte ihre Entscheidung, tibetische Asylsuchende als Chinesen zu identifizieren, rückgängig machen und nach einer Lösung suchen, um den abgewiesenen tibetischen Asylsuchenden Erleichterung zu verschaffen.
4. Die Schweiz sollte ihre Entscheidung überdenken, sich an Chinas expansionistischem Projekt der Belt and Road Initiative zu beteiligen, auch wenn es nur für Drittmärkte gilt. Es ist nicht nur die Ursache für ungeheure Menschenrechtsverletzungen in Tibet und Ostturkestan, die die universellen Werte verletzen, sondern auch eine enorme Sicherheitsbedrohung für die Souveränität der Schweiz. BRI ist ein schlechtes Unternehmen, das es zu aufzuhalten gilt, und die Assoziierung der Schweiz mit BRI wird ihr Ansehen und den guten Willen ihr gegenüber ruinieren.

5. Die Schweiz sollte ihre "«Ein-China»-Politik" überdenken, die China als politisches Instrument einsetzt, um die globale Kritik, auch die der Schweiz an Chinas repressiver Politik, zu unterbinden.
6. Die Schweiz sollte einen gesetzlich garantierten zivilgesellschaftlichen Raum für die friedliche Äusserung von Protesten sicherstellen, damit Tibeter und andere Menschenrechtsaktivisten während der Besuche chinesischer Führer in der Schweiz friedliche Protestaktionen durchführen können. Proteste vor der Ankunft chinesischer Führer zu beenden und Menschen zu zwingen, Proteste an weit vom Veranstaltungsort entfernten Orten durchzuführen, verfehlt den eigentlichen Zweck von Protesten.
7. Die Schweiz sollte ihre Unternehmen davon abhalten, sich an der Fortsetzung der Unterdrückung in Tibet, Hongkong, Ostturkestan und anderen Regionen Chinas zu beteiligen. Die UBS ist nur eines der Unternehmen, deren finanziellen Verbindungen sie direkt mit der Finanzierung chinesischer Unternehmen belasten, die an der Herstellung von Unterdrückungsinstrumenten wie Überwachungskameras beteiligt sind.
8. Die Schweiz sollte die unter der Leitung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama formulierte und von den Exiltibeterinnen und Exiltibeter akzeptierte Politik des "Middle Way Approach" der tibetischen Zentralverwaltung als pragmatischen und friedlichen Vorschlag zur Lösung der Tibetfrage anerkennen. Damit sollte die Schweiz China dazu drängen, den Dialog mit Vertretern Seiner Heiligkeit des Dalai Lama im Hinblick auf eine friedliche Lösung der Tibetfrage wieder aufzunehmen.
9. Die Schweiz sollte China dringend auffordern, den Zugang zu Tibet auf ähnliche Weise zu ermöglichen, wie chinesische Bürger, Journalisten und Diplomaten freien Zugang zur Schweiz haben. Die Schweiz sollte die Verabschiedung eines Gesetzes über den gegenseitigen Zugang zu Tibet erwägen, das derzeit von vielen europäischen Ländern in Erwägung gezogen wird.
10. Die Schweiz sollte chinesischen Unternehmen, Diplomaten, Regierungsbeamten usw. den Zugang verweigern, die sich an der Aufrechterhaltung ungeheurer Menschenrechtsverletzungen in Tibet, Ostturkestan, Hongkong und anderen Regionen Chinas mitschuldig machen.